

12.29.01.88.

Europaweite Flächenstillegungen notwendig

MdB Doss sprach mit Vertretern des Rhein Hessischen Bauernverbandes / Produktionsbegrenzung

Möglichkeiten der Agrarpolitik zur Verbesserung der Einkommenssituation landwirtschaftlicher Betriebe erläuterten Vertreter des rheinhessischen Bauernverbandes mit dem CDU-Bundestagsabgeordneten Hansjürgen Doss. Wie die Verbandsvertreter eingangs feststellten, strebe der Bauernverband die Intensivierung des Gedankenaustauschs mit den rheinhessischen Abgeordneten an, um über eine gemeinsame Situations- und Ursachenanalyse zur Erarbeitung von Lösungsvorschlägen zu kommen. Angesichts der schwierigen Lage mache sich insbesondere bei jungen Landwirten wachsende Unsicherheit über die mittel- und langfristige Existenzsicherung breit.

Mit der seit dem 1. Januar 1988 bestehenden deutschen EG-Präsidenschaft verbinden die Bauern die Hoffnung auf agrarpolitische Grundsatzentscheidungen im Hinblick auf Marktregulierung und die Bewältigung des Strukturwandels in der Landwirtschaft. Nach Auffassung von MdB Doss muß die europäische Agrarpolitik über das bloße Krisenmanagement hinaus die Rahmenbedingungen für die Zukunft der landwirtschaftlichen Betriebe verbindlich und kalkulierbar

gestalten. Die aktuelle Situation führte Doss auf Versäumnisse in den siebziger Jahren bei der Anpassung der Produktions- an veränderte Marktbedingungen zurück. Der Teufelskreis von unterlassener Strukturanpassung, Überproduktion, Preisverfall und Subventionen sei in diesen Jahren weder von der Politik noch von den Landwirten und ihren Verbänden hinreichend erkannt worden. Da bei Getreide wie bei anderen landwirtschaftlichen Produkten die Kosten für die Überschußverwertung inzwischen so hoch seien wie der Ankaufspreis, so Doss, führe an der Begrenzung der Produktion und am Abbau der Überschüsse kein Weg vorbei, wolle man zu einer Verbesserung der Einkommen in der Landwirtschaft gelangen.

Übereinstimmung zwischen dem Abgeordneten und den Verbandsvertretern herrschte in der Ablehnung des gegenwärtig in Brüssel diskutierten sogenannten Delors-Konzepts, das eine Regelung des Überschußproblems über weitere Preissenkungen vorsieht und zu weiteren Einkommenseinbußen für die Landwirte führen würde. Doss befürwortete hingegen das Kiechle-Konzept als Bestand-

teil eines Maßnahmenbündels, das über gezielte europaweite Flächenstillegungen eine Begrenzung der Produktion und damit eine Verbesserung der Preise anstrebe.

Bis zum Erreichen einer europäischen Gesamtlösung, so Doss, werde die Bundesregierung alle national verfügbaren Möglichkeiten nutzen, um die Lage der Bauern zu verbessern. Mit über 8,5 Milliarden Mark liege der Etat des Bundeslandwirtschaftsministeriums 1988 um fast 2 Milliarden über dem Ansatz des Jahres 1986. Davon stünden fast 5 Milliarden Mark für agrarsoziale Maßnahmen bereit.

Als wesentlichen in die nahe Zukunft gerichteten Aspekt der Agrarpolitik bezeichnete Doss die Förderung von Produktion und Verarbeitung nachwachsender Rohstoffe. Bei steigendem Energiebedarf und angesichts der Begrenztheit fossiler Rohstoffe komme den regenerierbaren Energien, den nachwachsenden Rohstoffen wachsende Bedeutung zu. Die Produktion für den industriell-gewerblichen Bereich könne zum tragenden Standbein für die deutsche Landwirtschaft werden.